

Gabriel: Mehr Waffen in Diktaturen und Krisengebiete geliefert

»Es ist eine Schande, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren gehört. (...) Ich bin für eine restriktive Haltung beim Waffenexport«. Das sagte Sigmar Gabriel Ende Januar 2014 in einem Interview. In den Wochen danach unterschrieb der SPD-Wirtschaftsminister neue Waffengeschäfte mit Ländern wie Saudi-Arabien, Algerien, Brunei und Singapur. Wie die Bundesregierung auf Anfrage von Jan van Aken mitteilt, wurden zwischen Januar und April 2014 Rüstungsexporte im Wert von knapp 1,2 Milliarden Euro neu genehmigt, ohne dass bereits Verträge vorlagen. Der Anteil der Waffenlieferungen in so genannte Drittländer ist massiv gestiegen: von 520 Millionen Euro auf 650 Millionen Euro. Er liegt jetzt bei 55 Prozent. Drittländer sind nicht Teil der EU oder eines anderen gegenseitigen Abkommens. Ganz vorne bei den Rüstungsgeschäften liegen Länder wie Singapur, Brunei und Saudi-Arabien. Bereits unter der schwarz-gelben Bundesregierung war Saudi-Arabien 2012 die Nummer eins unter den Empfängern deutscher Rüstungsgüter.

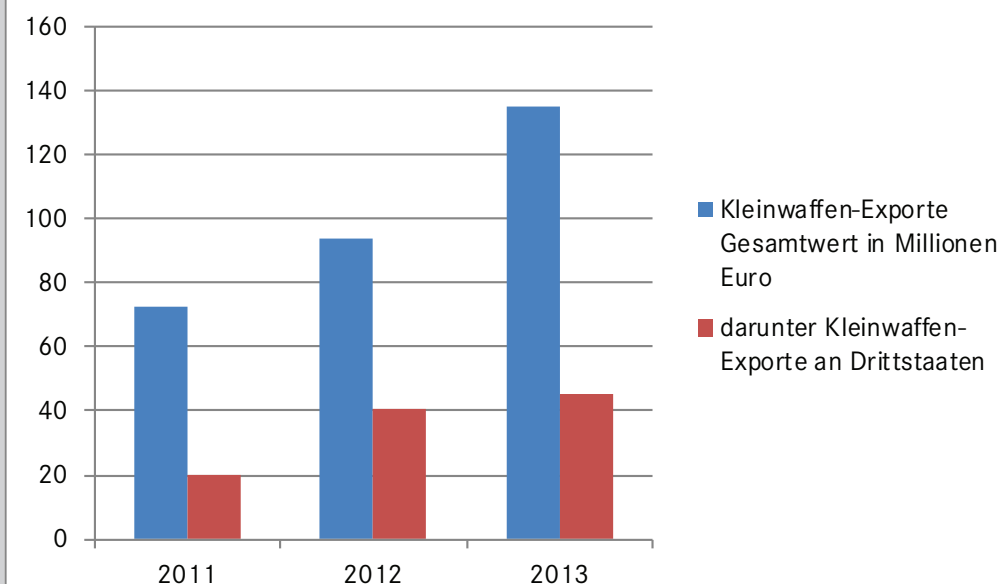
Diese Exportpolitik setzt die Große Koalition fort. Die Bundesregierung verstößt damit gegen ihre eigenen Vorgaben und gegen Regelungen der EU: Diese untersagen Waffenlieferungen in Länder, in denen das »Risiko« besteht, dass Menschenrechte missachtet werden. In den Richtlinien der Bundesregierung heißt es, »Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen (...) werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression oder zu sonstigen

fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden«. Dieser hinreichende Verdacht besteht bei vielen Ländern. Trotzdem sind die Rüstungslieferungen genehmigt worden.

Gabriel redet sich raus, dass seine Genehmigungen auf Entscheidungen der vorigen Bundesregierung beruhen. Doch Innenminister de Maizière hat erst vor wenigen Wochen vor dem Bundesverfassungsgericht erläutert, dass Vorabsprachen nicht bindend sind. Jede einzelne Genehmigung hat Gabriel unterschrieben. Und jede einzelne Unterschrift hätte genauso gut verweigert werden können. Die Süddeutsche Zeitung berichtet, dass zwei ehemalige SPD-Abgeordnete fünf Millionen Euro Honorar vom Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann erhalten haben. Es gibt viele Wege, sich verpflichtet zu fühlen.

DIE LINKE will alle Geschäfte mit dem Krieg beenden und alle Rüstungsexporte verbieten. Keine Finanzierung der Rüstungsexporte mit Steuergeldern! Die Rüstungsforschung an öffentlichen und öffentlich geförderten Universitäten muss beendet werden. Die Rüstungsindustrie wollen wir unter Beteiligung der Beschäftigten für zivile Zwecke umbauen.

Im Parlament steht DIE LINKE mit diesen Forderungen allein. Aber wir haben viele Verbündete: die Friedensbewegungen und die vielen Menschen, die für eine friedliche Welt kämpfen.



»Insbesondere Kleinwaffen sind ja die Bürgerkriegswaffen schlechthin geworden. Da muss sich etwas ändern«.

Sigmar Gabriel im Interview im Januar 2014.

Auf den Punkt gebracht

20. Mai 2014

V.i.S.d.P. Matthias Höhn

bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Mehr Informationen unter: www.die-linke.de

DIE LINKE.